

Presseinformation

// **GESCHÄFTSFÜHRUNG** //

Bremen, 08.11.2017

Andreas Staets

Seite: 1 von 1

Richtige Schiene! Es fehlt die Weichenstellung „Zukunft“! GEW erwartet Signale weiterer Entlastung und Attraktivitätssteigerung

„Der sogenannte ‚Grundschulpakt‘ als Notverordnung für 19 von knapp 100 Grundschulen im Land Bremen bringt den Bildungshaushalt auf die richtige Schiene. Um diese Maßnahmen umzusetzen ist mehr Personal nötig, die Mittel dafür einzustellen ist gut. Dies gilt für zusätzliche Referendar*innen wie für bereits fertig ausgebildete Fachkräfte in Schulen. Um diese Fachkräfte aber für Bremen zu gewinnen und auch die, die schon da sind, langfristig zu halten brauchen wir eine noch deutlichere und auf Zukunft ausgerichtete Weichenstellung im Bildungshaushalt. Es müssen weitere Signale zu mehr Entlastung für alle Kolleg*innen kommen und grundsätzliche Benachteiligungen in Bezahlung und Arbeitszeit aufgehoben werden.“ Mit diesen Worten kommentiert Christian Gloede, Landesvorstandssprecher der GEW den „Pakt zur Verbesserung der Bildungsqualität“, der heute der Öffentlichkeit vorgestellt wird.

Bremen - Der Haushalt bliebe aber, so Gloede, angesichts der sich aufgrund drastischer Unterfinanzierung über Jahre angehäuft Probleme grundsätzlicher Natur immer noch deutlich hinter den Erwartungen und Notwendigkeiten zurück. Dass bei der Auswahl der Grundschulen neben dem klassischen „Sozialindex“ auch weitere Parameter hinzugezogen werden – wie der Anteil der Kinder in Vorkursen oder eine „Inklusionsquote“ – wird der Situation in manchen Stadtteilen sicher mehr gerecht. Die zusätzlichen 4 Millionen Euro als Personalmittel stellen in einem gesamtbremischen Personal-Haushalt von ca. 1,4 Mrd.€ gerade einmal 0,3% Steigerung dar. Das ist etwas, aber eben auch nicht mehr.

Mehr Kooperation, mehr professionsübergreifende Teamarbeit, mehr Zeit für Individualisierung von Lernangeboten („Förderdiagnostik“), Vernetzung unterschiedlicher Bildungsangebote im Ganztage, Digitalisierung, etc. sind Aufgaben, die heute an allen Schulen bewältigt werden müssen. Und das vor einem Hintergrund zunehmender Verarmungsrisiken besonders in unserem Bundesland (die Armutsgefährdungsquote liegt in Bremen mittlerweile bei 36,6% [+5]; in Deutschland bei 20% [+1,5]).

Das allein für Baumaßnahmen veranschlagte Geld treibe den Bildungshaushalt in die Höhe und suggeriere eine enorme Steigerung in der Qualität von Bildung, wo noch nicht einmal funktionierende Toiletten und Heizungen in allen Schulen gesichert seien. „Notwendig ist eine Bereinigung und Transparenz des Haushaltes, der die Sanierungs- und Neubaukosten in einem Sonderhaushalt ausweist. Auch hier würde die Differenz zwischen eingeplanten Summen und den baulichen Notwendig-

keiten die Darstellungsmöglichkeiten eines Bremischen Haushaltes wahrscheinlich sprengen“, so Gloede.

Für Nachfragen steht zur Verfügung: Christian Gloede Mobilnummer 0174-9790755

GEW-Landesverband Bremen • Pressestelle

verantwortlich: Andreas Staets • E-Mail: staets@gew-hb.de